



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

6. Juli 2012
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Die einen entlassen, die anderen doppelt ausbeuten?!?

Als die oberste Chefetage von Opel auf der Betriebsversammlung in Bochum zu einer ihrer stundenlangen Reden über die „schwierige Lage“ ansetzen wollte, verließen die 2000 Arbeiter von Opel geschlossen den Saal. Ihnen reichte die eine Aussage: Nämlich dass Opel Bochum eventuell 2016 schließen soll.

Das würde weitere 3000 Arbeiter bei Opel in die Arbeitslosigkeit schleudern, dazu zehntausende Arbeitende bei Subfirmen und Zulieferern. Es würde das ganze Ruhrgebiet weiter verarmen.

Doch General Motors (GM) behauptet, es gehe vielleicht nicht anders: Opel sei in der Krise, weil immer weniger Autos verkauft würden und es daher „zu viele“ Werke in Europa gäbe. Das ist eine glatte Lüge. Seit 10 Jahren verkauft Opel quasi konstant zwischen 1,2 und 1,3 Millionen Fahrzeuge pro Jahr.

In Wahrheit geht es GM nicht darum, weniger zu produzieren, sondern einzelne Standorte zu schließen und dafür an allen anderen Standorten mehr (!) Autos zu produzieren. Dafür sollen alle Werke in Europa zukünftig auch nachts produzieren, sollen ihre Arbeiter mehr, flexibler und auch am Wochenende arbeiten – und das auch noch für weniger Geld.

Die einen sollen also mehr, schneller und sogar nachts und am Wochenende Autos bauen und sich dabei die Gesundheit ruinieren, während Opel die anderen entlässt, weil für sie angeblich „keine Arbeit“ da ist! Und die Krise ist der Vorwand, um das durchzusetzen.

Das geht schon seit Jahren so. Innerhalb der letzten 10 Jahre hat Opel in seinen drei Endmontage-Werken fast zwei Drittel der Arbeitsplätze abgebaut. Aber die Zahl der produzierten Autos ist nicht um zwei Drittel zurückgegangen. Und zwar, weil stattdessen jeder Arbeiter

deutlich mehr arbeiten muss. Vor 10 Jahren noch wurden hier pro Opel-Arbeiter 32 Autos hergestellt, heute sind es schon 62 Autos – fast doppelt so viel!



Opel-Arbeiter beim Streik 2004 in Bochum
Auch heute gilt: GM hat Geld genug, um alle Arbeitsplätze zu erhalten und die Produktion unter allen Werken aufzuteilen.

Und die Erfindungsgabe der Chefetage kennt dabei keine Grenzen: Sie erhöhen die Zahl der Handgriffe pro Minute, lagern Arbeiten an Sub- und Leihfirmen aus und verleihen das Stammpersonal zwischen den Werken – europaweit.

Mal mussten Bochumer Arbeiter nach Rüsselsheim. Umgekehrt wurden im Frühjahr 90 Arbeiter aus dem polnischen Werk für drei Monate nach Bochum geschickt, weil hier so viel Arbeit war. Als Lohn haben sie in Bochum übrigens trotzdem nur ihren polnischen Lohn bekommen... 770 Euro brutto!

Diese ständig verschärfte Ausbeutung und wortwörtlich grenzenlose Flexibilität erlaubt es GM, einzelne Werke ganz zu schließen: Die Übrigen sollen ihre Produktion nun mit übernehmen.

Dank dieser Ausbeutung und Verarmung seiner Arbeiter macht General Motors Milliarden Gewinne. 4,7 Milliarden im vorletzten Jahr und im letzten

sogar 7,6 Milliarden. Diese Gewinne aber steckt GM nicht wieder in die Produktion und erst recht nicht in Arbeitsplätze und Löhne. Nein, wie jeder Konzern heute spekuliert GM mit seinem Vermögen an der Börse.

Als einer der größten und mächtigsten Konzerne der Welt ist General Motors damit einer der direkten Verantwortlichen der sinkenden Kaufkraft sowie der Spekulation und der Finanzkrise. Doch die Folgen davon, nämlich dass heute Produktion und Verkäufe nicht steigen und morgen vielleicht wirklich zurückgehen – diese Folgen sollen die Arbeiter von GM bezahlen.

Es gibt keinen Grund, warum die Arbeiter sich darauf einlassen sollten. Statt Werke zu schließen und zu entlassen, kann GM die Produktion auf alle Standorte verteilen. Und falls dann in Zukunft tatsächlich weniger Autos verkauft würden, bräuhete man nur überall das Arbeitstempo wieder verringern, an Wochenenden und in Nächten nicht zu produzieren... und schon bräuhete man wieder doppelt so viele Arbeiter, könnte man die Arbeit unter doppelt so vielen aufteilen – bei gleichem Lohn. GM hat genug Gewinne, um das zu bezahlen.

Doch das werden wir erkämpfen müssen, nicht nur bei GM. Überall hagelt es Pläne von Stellenabbau und Entlassungen, werden in dieser absurden kapitalistischen Wirtschaft die Existenzbedingungen derjenigen zerstört, die arbeiten und den Reichtum schaffen... damit sich eine Minderheit trotz Krise weiter bereichern kann. Gemeinsam das Verbot von Entlassungen und die Aufteilung der Arbeit unter Allen ohne Lohnverlust zu erkämpfen – das ist die einzige Möglichkeit, um unser aller Arbeitsplätze zu retten und die teilweise unerträgliche Arbeitsbelastung wieder zu verringern.

Ägypten: Armee und Moslembrüder teilen sich die Rollen auf

Die Armee in Ägypten hat das Parlament aufgelöst und sich zur alleinigen Gesetzgeberin erklärt. Sie hat damit allen klar gemacht: Wahlen hin oder her – sie, die Armee, herrscht in Ägypten. Sie kontrollierte schon unter Diktator Mubarak die Staatsbeamten, die staatlichen Verträge, Gefängnisse und Waffen ebenso wie bedeutende Teile der Wirtschaft. Und diese politische und wirtschaftliche Macht gedenkt sie auch weiterhin auszuüben.

Gleichzeitig stellen die Rivalen der Armee, die islamistischen Moslembrüder, den neuen Präsidenten. Und auch sie verfügen über großen Einfluss. Unter Mubaraks Diktatur verankerten sie sich gerade in den ärmsten Stadtteilen und Bevölkerungsgruppen. Um die Moschee herum organisierten die Moslembrüder ein Netz an sozialen Einrichtungen, um die sich der Staat nicht kümmerte: Armenspeisungen, medizinische Versorgung...

Sie milderten das schlimmste Elend, das sonst schneller zu sozialen Explosionen hätte führen können. Besonders die in- und ausländischen Kapitalisten betrachteten sie deshalb mit Wohlwollen, erleichterten ihnen die Moslembrüder doch die widerstandslose Ausbeutung der Arbeiter und kanalisieren mögliche Wut in religiöse Bahnen, die für die Kapitalisten ungefährlich waren. Auch für die Diktatur der Armee waren die Moslembrüder in dieser Funktion letztlich eine Stütze.

Da die Moslembrüder unter der Diktatur also die einzige geduldete, größere und organisierte Opposition waren, konnten sie ihren Einfluss in den Ereignissen nach dem Rücktritt Mubaraks ausbauen. Dementsprechend verlangen sie heute mehr Posten und Einfluss im Staat. Und so scheint im Moment alles auf eine mehr oder weniger konfliktvolle gemeinsame Herrschaft von Armee und Islamisten hinauszulaufen.

Für viele Menschen muss dies eine schlimme Enttäuschung sein: Eine gemeinsame Diktatur von Armee und Islamisten über die Gesellschaft war sicher nicht das, wofür vor 15 Monaten Hunderttausende wochenlang auf die Straße gegangen sind. Damals wunder-

ten sich viele Journalisten, warum die Armee nicht schoss, warum sie ihren Diktator nicht verteidigte, sich sogar auf die Seite der Demonstranten zu stellen schien und „die Einführung der Demokratie“ versprach. Heute ist der Grund offensichtlich, der eigentlich damals schon zu sehen war: Die Armee opferte Mubarak, um ihre eigene Herrschaft zu schützen.



2011 in Kairo: Die Armee tat, als wäre sie für die Demokratie... um an der Macht zu bleiben und so ihre Diktatur zu erhalten.

Sie taten alles, damit die Bevölkerung ihnen vertraute, damit sie sich von der politischen Bühne wieder zurück zog und der Armee die Macht überließ. Bei diesem Manöver wurden sie weltweit von vielen Politikern unterstützt, die sofort nach Mubaraks Rücktritt geschrien haben, die Revolution habe gesiegt, jetzt sei die Demokratie da. Auch sie wollten nämlich, dass die Massen denken, sie hätten schon ge-

wonnen, damit die Bewegung endet, ohne dass die wirklichen Machtverhältnisse, die Diktatur der Armee und erst recht die Diktatur der Kapitalisten auch nur angetastet wurden.

Heute müssen die Massen in Ägypten die bittere Erfahrung machen, dass alle Versprechen der Herrschenden nichts wert sind, solange sich die Arbeitenden in den Kämpfen nicht auch die Mittel erobern, um die Durchsetzung der Versprechen zu überwachen und zu beeinflussen. Kein Versprechen haben die Herrschenden eingelöst: weder die Verringerung der Armut und Arbeitslosigkeit, noch das Recht, gefahrlos seine Meinung zu sagen, ja nicht einmal die Fassade eines demokratischen Parlaments. Und die Diktatur wird auch bleiben, solange die arbeitenden Massen nicht ihre Wurzel, die Allmacht der Armee und der Kapitalisten bekämpfen.

All diese bitteren Erfahrungen waren jedoch nicht umsonst, wenn sich unter den vielen Leuten, die vor einem Jahr angefangen haben zu kämpfen, heute welche finden, die die Lehren aus diesen Erfahrungen ziehen und sie verbreiten wollen: Damit die Arbeitenden Ägyptens das nächste Mal, wenn viele den Mut und die Kraft finden, sich gegen Diktatur und Ausbeutung zu erheben, besser vorbereitet sind.

VW: Steuern, was ist das?

Der VW-Konzern hat Porsche nun ganz aufgekauft. Und eigentlich hätte VW für diesen milliarden schweren Kauf Steuern zahlen müssen. Doch VW hat ein Steuer-Schlupfloch entdeckt und zahlt nun statt 1,5 Milliarden Euro... nur 0,1 Milliarden. VW kassiert lieber Steuergelder: Der Staat schenkt sie ihm jedes Jahr, mal als Subvention „zur Entwicklung umweltfreundlicher Autos“, mal als Abwrackprämie,... Das Bezahlen von Steuern hingegen überlässt VW, einer der größten deutschen Konzerne mit 16 Milliarden Euro Gewinn allein im letzten Jahr, lieber den Arbeitern.

Wen schützt der Verfassungsschutz?

Wie viele gute Kontakte der Verfassungsschutz zur Thüringer rechtsextremen Terrorgruppe NSU oder deren Umfeld gehabt hat? Und wie lange? Wir werden es wahrscheinlich nie erfahren. Denn die 5 Akten genau dazu hat ein hoher Beamter des Verfassungsschutzes rechtzeitig vernichtet.

Nur durch Zufall ist dieser Skandal wieder einmal herausgekommen. Und wieder versucht man ihn als „Versehen“ darzustellen, als „Einzelfall“. Doch die vielen „Einzelfälle“, die in den letzten Monaten aufgedeckt wurden, machen deutlich, dass es eben keine Einzelfälle sind. Hinter den Kulissen existieren enge Beziehungen zwischen der rechtsextremen Szene und verschiedenen höheren Beamten bei der Polizei, beim Verfassungsschutz und in verschiedenen Ministerien. Diese geheimen Beziehungen schützt der Verfassungsschutz. Und sein einziges „Versehen“ bestand darin, dass er sich dabei so blöd angestellt hat, dass es herauskam.

„Auf die sanfte Tour werden wir nur vergessen...“



Quelle: www.elmundo.es

Seit über einem Monat führen die Bergleute in der spanischen Region Asturien einen entschlossenen Kampf um ihre Arbeitsplätze. Sie streiken, halten die Bergwerke besetzt, organisieren Straßen- und Schienenblockaden und Demonstrationen in den Städten.

Sie weigern sich, das Opfer der Krisenpolitik zu werden, die die Banken rettet und die Arbeiter in die Arbeitslosigkeit stürzt. Bis zu 100 Milliarden bringen Spanien und die EU gerade wieder auf, um die spanischen Banken zu retten, die sich verspekuliert haben... aber gleichzeitig haben sie als „Sparmaßnahme“ die 0,3 Milliarden Subventionen für den Kohlebergbau gestrichen. Das Geld, das den Bergleuten bis zur endgültigen Schließung der Zechen im Jahr 2018 ihren Arbeitsplatz sichern sollte, ist nun

nicht mehr da: Tausenden Bergleuten und zehntausenden Arbeitern der Zulieferer droht von heute auf morgen die Arbeitslosigkeit – und das jetzt in der Krise, wo schon ein Viertel aller Arbeitenden keine Arbeit mehr findet!

Nicht zuletzt deshalb haben viele Arbeitende der unterschiedlichsten Branchen das Gefühl, dass der Kampf der Bergleute auch sie betrifft. Der zweiwöchige Marsch der Bergleute nach Madrid, der am 11. Juli ankommt, hat an vielen Orten Solidaritätsbewegungen ausgelöst. In Asturien selber gab es am 18. Juni einen eintägigen Solidaritätsstreik, 50.000 Menschen demonstrierten mit den Bergleuten. Und wenn die Polizei versucht, mit Tränengas und Gummigeschossen gegen die Protestaktionen und Blockaden der

Bergleute vorzugehen, erhalten die entschlossenen Bergleute fast immer Unterstützung von Jugendlichen, anderen Arbeitern und den Gewerkschaften.

Die Bergleute in Asturien haben eine lange Tradition von Kämpfen. Ihre großen Kämpfe von 1934 und 1962, die sich gegen die Faschisten und deren Diktator Franco und gegen die unerträgliche Ausbeutung richteten, haben das ganze Land geprägt, ebenso der Kampf 1987 um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Für viele sind sie ein Symbol dafür, dass die Arbeitenden (nur) etwas erreichen können, wenn sie kämpfen und zusammenhalten.

Spekulierende Banken treiben Mieten in die Höhe

Ob in Düsseldorf, Köln, Berlin, Stuttgart oder Hamburg: In vielen Großstädten in Deutschland explodieren seit 3-4 Jahren die Preise für Eigentums- und Mietwohnungen. 50% und mehr sind die Preise gestiegen! Innenstädte oder einfach nur verkehrsgünstige Wohnungen können viele gar nicht mehr bezahlen. Und das alles, weil die Nachfrage nach diesen Häusern künstlich gesteigert wird: Spekulanten kaufen die Immobilien, hoffen auf steigende Preise... und verkaufen sie dann wieder.

Einer der Hauptgründe hierfür ist, dass sich die Banken seit der Finanzkrise quasi unbegrenzt öffentliches Geld bei der Europäischen Zentralbank leihen können, für das sie jetzt sogar nur noch 0,75% Zinsen zahlen. Angeblich sollen die Banken mit diesem Geld den Unternehmen und Verbrauchern zinsgünstige Kredite geben und so „die europäische Wirtschaft und den Euro stabilisieren“. In Wahrheit kassieren die Banken das billige Geld und suchen Möglichkeiten, um damit profitabel zu spekulieren. Und dabei haben sie nun unter anderem den deutschen Immobilienmarkt entdeckt.

Familien in München oder Düsseldorf können also ihre Wohnung nicht mehr bezahlen, landen in Bruchbuden oder kilometerweit weg von ihrer Arbeit... weil Banken und reiche Aktionäre nicht wissen, was sie sonst mit dem vielen Geld anstellen sollen, das die öffentlichen Kassen ihnen schenken!

Nach der Explosion der Chemiefabrik in Marl: Für die Arbeiter geht der Druck weiter

Drei Monate ist die Explosion bei Evonik im Chemiepark Marl her, bei der zwei Arbeiter zu Tode kamen. Doch für die Arbeiter der Chemiefabrik ist es noch lange nicht vorbei. Erst wurden sie wochenlang immer und immer wieder von den verschiedenen Chefetagen befragt: Was genau passiert sei, ob sie nicht doch was gesehen hätten... Alle spürten, dass die Firmenleitung jemanden finden wollte, dem sie die Schuld in die Schuhe schieben konnte. Die Arbeiter, die gerade erst das schlimme Unglück überlebt hatten, mussten nun wochenlang noch mit diesem Druck leben.

Und jetzt macht die Autoindustrie Druck: Denn aus dem zerstörten Werk kamen über 50 Prozent der weltweiten Produktion des Kunststoffvorprodukts CDT, das für die Autoproduktion benötigt wird. Und damit ihnen schnellstmöglich wieder Material geliefert wird, verlangen die Autokonzerne, dass die neue Fabrik bis September (!) fertig sein soll. Dabei dauert ein solcher Neubau einer Fabrik normalerweise zwei Jahre.

Was das für die Sicherheit bedeutet, wenn ein Chemiewerk unter so irrsinnigem Zeitdruck errichtet wird, mit unglaublicher Arbeitshetze und Urlaubssperre für alle beteiligten Arbeitenden, kann man sich ausrechnen. Es provoziert regelrecht Baumängel und Versäumnisse, die irgendwann das nächste Unglück auf Kosten der Arbeiter und der Anwohner verursachen könnten... nur weil es für die Bosse der Autoindustrie die einfachste und billigste Lösung ist.

Wirtschafts“logik“ im Krankenhaus?

Als Patient im Krankenhaus ist man oft hilflos: Man ist kein Fachmann und muss darauf vertrauen, dass das Krankenhaus die beste Behandlungsmethode vorschlägt. Doch wie soll man darauf vertrauen, wenn die Krankenhäuser immer mehr dazu gedrängt werden, danach zu entscheiden, ob und auf welche Weise eine Behandlung „rentabel“ ist? Tun sie das nicht, können sie einfach Pleite gehen. Dafür sorgt das 2004 eingeführte Abrechnungssystem mit Quoten und „Fallpauschalen“, bei dem die Krankenkassen den Krankenhäusern nur noch feste Pauschalbeträge für eine bestimmte Behandlung bezahlen.

Mittlerweile gibt es in vielen Krankenhäusern sogar einen extra Beruf, einen „Manager“ für die Fallpauschale. Der ist kein Facharzt, aber er entscheidet mit, ob und wie behandelt wird – und zwar danach, was für das Krankenhaus am meisten Geld bringt.

Zum Beispiel bekommen die Krankenhäuser von den Krankenkassen oft mehr Geld erstattet, wenn sie bei Patienten, die verschiedene Krankheiten haben, nicht alle Krankheiten auf einmal behandeln. Stattdessen wird jede einzeln behandelt, jedes Mal mit extra neuem Krankenhausaufenthalt. Schlimmer noch: Bei manchen Krankheiten wie Darmkrebs ist es rentabler, sogar Diag-

nose, Operation und Chemotherapie in drei verschiedene Behandlungen aufzuteilen, jeweils mit Mindest-Wartezeit dazwischen – obwohl so lebenswichtige Zeit verloren geht! Und ob eine Operation an Knie oder Rücken angeordnet wird, hängt manchmal einfach davon ab, wie einträglich eine OP ist, beziehungsweise ob ein Krankenhaus seine Quote an bestimmten OP's schon erreicht hat oder nicht.

Das alles sind nur ein paar der vielen irrsinnigen Folgen davon, dass man die Krankenhäuser immer mehr aus einem Öffentlichen Dienst in ein Wirtschaftsunternehmen umwandelt. Diese „Wirtschaftslogik“ macht die Krankenhäuser weder effizienter noch besser und nicht einmal kostengünstiger. Sie macht nur die Patienten... krank!



Quelle: www.mediclin.de

Wer und was entscheidet darüber, ob und wie man behandelt wird?

Nacharbeit für Frauen: so schädlich wie PCB und Bleifarbe

Das Risiko, an Brustkrebs zu erkranken, ist für Frauen um 30 % höher, wenn sie über mehrere Jahre hinweg nachts arbeiten müssen. Das belegen neuere Studien. Das Internationale Krebsforschungszentrum stuft Nacharbeit für Frauen dabei sogar so gefährlich ein wie giftige Bleifarbe, UV-Strahlung oder PCB!

100 Jahre lang war die Nacharbeit für Frauen in Deutschland auch verboten. Das hatte die Arbeiterbewegung erkämpft, der damals schon bewusst war, dass sie besonders schädlich ist. Doch 1992 wurde dieses Verbot wieder aufgehoben, und zwar... im Namen der Gleichberechtigung! Seitdem „dürfen“ wieder alle Arbeitenden die ungesunde und teilweise gefährliche Nacharbeit machen.

Von Gleichberechtigung sprechen die Kapitalisten immer dann, wenn sie eine Verschlechterung durchsetzen wollen, wenn sie es für alle Arbeiter „gleich schlecht“ machen wollen. Gleichberechtigung im Sinne der Arbeitenden wäre im Gegenteil ein generelles Verbot der Nacharbeit für alle, Männer wie Frauen – mit Ausnahme der wenigen Orte wie im Krankenhaus, wo diese Arbeit unvermeidlich ist. Es ist schließlich weder nötig, um 3 Uhr morgens Autos zu bauen noch Zahnbürsten herzustellen. Doch die Unternehmer wollen ihre Anlagen rund um die Uhr auslasten, am besten 365 Tage im Jahr, um so viel Gewinn wie möglich herauszuholen. Für sie gibt es da keine Grenze...denn es sind ja auch nicht sie, die am Ende die Risiken für ihre Entscheidungen tragen müssen.

West LB:

In diese Löcher wandert das Geld

In diesen Tagen soll die Landesbank West LB nun endgültig zerschlagen werden. Immer wieder ist sie in den letzten Jahren wegen „Fehlspekulationen“ in rote Zahlen gerutscht. Allein im Jahr 2007 wurden bei Spekulationen über 600 Millionen verloren, dann war sie mit in die Immobilienkrise und die nachfolgende Finanzkrise verstrickt...

Die West LB ist eine öffentliche Bank, die mit öffentlichen Geldern spekuliert und versucht hat, im großen Spiel der Geldumverteilung mitzumachen. Doch in diesem Börsen-Spiel mit den Großbanken hat sie verloren. Auch wiederholte Finanzspritzen vom Staat haben sie nicht gerettet.

All diese Hilfgelder sind nun für die Bevölkerung verloren. Und jetzt soll die Bevölkerung auch noch ihren Bankrott bezahlen.

Dabei war die West LB zwar eine öffentliche Bank, aber nie eine Bank für die Bevölkerung. Eine ihrer Hauptaufgaben bestand darin, Industrie und Unternehmen Geld zu verschaffen: Sie gab ihnen günstige Kredite und subventionierte auf diesem Weg Unternehmen wie TUI, Babcock, LTU oder Bauknecht. Viele Unternehmen in NRW haben von ihrem öffentlichen Geld profitiert.

So wurden also auf verschiedenen Wegen Gelder von der Bevölkerung zu den Unternehmen und Banken hin verschoben. Und jetzt soll die Bevölkerung, die von dieser Bank nie profitiert hat, die im Gegenteil an sie schon so viele öffentlichen Gelder verloren hat, auch noch deren gesamte „Abwicklung“ bezahlen: weitere 18 Milliarden Euro... die in den Landes- und Städtetassen an allen Ecken fehlen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485